

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/02_KSA/25. Kreis- und Strategieausschuss



Protokoll

**25. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil
am Montag, 10.07.2023 im Hermann-Beham-Saal**

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 18:58 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Walter Brilmayer
Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Bauer, Christian
Brilmayer, Walter
Huber, Thomas

abwesend ab 18:40 Uhr
Vorsitz bei TOP 07 ö
anwesend ab 14:06 Uhr;
abwesend ab 18:55 Uhr

Müller, Alexander
Wagner, Martin

GRÜNE-Fraktion

Leng, Lakhena

anwesend ab 14:36 Uhr;
abwesend ab 18:55 Uhr

Mayer, Benedikt
Oellerer, Reinhard

FW-BP-Fraktion

Reitsberger, Georg

SPD-Fraktion

Hingerl, Albert

AuG ÖDP-Linke

Glaser, Renate, Dr.

abwesend ab 18:16 Uhr

AfD-Fraktion

Schmidt, Manfred

Abwesend sind:

GRÜNE-Fraktion

Gruber, Waltraud

entschuldigt

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Walter Brilmayer
Vorsitzender bei TOP 07 ö

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
- TOP 2 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3 Mitgliedschaft im Kreistag;
a) Ausscheiden von Frau KRin Ilke Ackstaller
b) Nachrücker Herr Johannes Rumpfinger
c) Neubesetzung der Ausschüsse durch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler/Bayernpartei
Vorlage: 2023/0999
- TOP 4 Haushalt 2023; Zwischenbericht 2023 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschusses
Vorlage: 2023/0890
- TOP 5 Eckwerteberatungen - Rederecht für die Sachgebietsleitungen; Antrag der Ausschussgemeinschaft im Kreistag ÖDP/ DIE LINKE vom 11.06.2023
Vorlage: 2023/1026
- TOP 6 Haushalt 2024; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
Vorlage: 2023/0891
- TOP 7 Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2021 der Kreisklinik gGmbH - Entlastung des Aufsichtsrates
Vorlage: 2023/0894
- TOP 8 Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2022 des Sondervermögens der Kreisklinik Ebersberg
Vorlage: 2023/0895
- TOP 9 Beteiligungsmanagement;
a) Zielvereinbarung 2023 Energieagentur Ebersberg-München gGmbH
b) Zielvereinbarung 2023 und Zielerreichung 2022 Wohnbaugesellschaft gKU
Vorlage: 2023/0882
- TOP 10 Beteiligungsmanagement; Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU – Grundstücksaufnahme Hauptstraße 25, Grafing Bahnhof
Vorlage: 2023/0974
- TOP 11 Fortschreibung des Demografiekonzepts 2023
Vorlage: 2023/0949/1
- TOP 12 Landratsamt Ebersberg - Verwaltungsgebäude Kolpingstraße; Mehrausgaben Bewirtschaftungskosten
Vorlage: 2023/1007/1
- TOP 13 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Energieagentur Ebersberg-München gemeinnützige GmbH 2019
Vorlage: 2023/0954/1
- TOP 14 Rückzahlung und Anpassung des Kassenkredites; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2022
Vorlage: 2022/0826/2
- TOP 15 Bekanntgabe von Spenden an den Landkreis Ebersberg; 2. Abschnitt 2023
Vorlage: 2023/0897

- TOP 16 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 17 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 18 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 19 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
-------	---

Ein Bürger aus Kirchseeon stellt Fragen zu leistungsbezogenen Zahlungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts (Budgetübertrag), deren schriftliche Beantwortung der Landrat zugesagt (Anlage 1 zum Protokoll).

TOP 2	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Der Landrat eröffnet die Sitzung, verliest die Entschuldigungen und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung des Gremiums fest.

Mit Blick auf die Tagesordnung verweist KR Benedikt Mayer auf die per Mail von KR Albert Hingerl an die Amtsleitung und die Fraktionssprecher versandte Anfrage, deren Beantwortung, so Michael Ottl (wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats), aufgrund eines laufenden Gerichtsverfahrens nur im nichtöffentlichen Teil erfolgen könne.

Gegen die Tagesordnung gibt es keinen Einwand; sie ist somit einstimmig genehmigt.

Der Landrat informiert über folgende Einwände zur Niederschrift der 24. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 08.05.2023:

- KR Günter Scherzl hat den entschuldigenden KR Georg Reitsberger vertreten. Basierend auf ein nicht gesetztes Häkchen im Sitzungsprogramm fehlt sein Name auf der Seite 1 der Anwesenheitsliste der Niederschrift. Das Häkchen wurde zwischenzeitlich gesetzt und der Fehler in der Niederschrift korrigiert.
- KR Manfred Schmidt vermisst bei TOP 11 ö, Seite 11 seine Anmerkung, die nach Rücksprache mit der Protokollführung zwischenzeitlich in der Niederschrift wie folgt ergänzt/bzw. korrigiert wurde: Die Erklärung der nichterfolgten Beschlussfassung durch das Gremium mit der Ausnahmesituation aufgrund der pandemischen Lage erachtet KR Manfred Schmidt als unzureichend, (...).
- KR Manfred Schmidt vermisst bei TOP 12 ö eine entsprechende Protokollnotiz, dass er zum Zeitpunkt der Beratung und Abstimmung über den Tagesordnungspunkt nicht im Raum war. Die Niederschrift wurde zwischenzeitlich von der Protokollführerin um diesen Passus ergänzt.

Es erfolgt kein weiterer Einwand gegen die Niederschrift.

Der Entwurf der Niederschrift ist mit den genannten Änderungen einstimmig genehmigt und kann nun ausgefertigt werden.

TOP 3	Mitgliedschaft im Kreistag; a) Ausscheiden von Frau KRin Ilke Ackstaller b) Nachrücker Herr Johannes Rumpfinger c) Neubesetzung der Ausschüsse durch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler/Bayernpartei
-------	--

2023/0999

Sachvortragende(r): Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats

Michael Ottl hält einen kurzen Sachvortrag. Frau Kreisrätin Ilke Ackstaller, die über den Wahlvorschlag der Partei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in den Kreistag des Landkreises Ebersberg gewählt worden war und die Wahl angenommen hatte, bat mit Schreiben an Herrn Landrat Robert Niedergesäß vom 20.05.2023 darum, sie mit Ablauf des 24.07.2023 aus dem Ehrenamt als Kreisrätin zu entlassen.

Listennachfolger von Frau Kreisrätin Ilke Ackstaller ist Herr Johannes Rumpfinger aus Hohenlinden, der die Wahl annehmen werde.

Wählbarkeitshindernisse liegen nach den bisherigen Feststellungen nicht vor.

Gemäß Art. 48 Abs. 3 Satz 2 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz entscheidet über das Nachrücken des Listennachfolgers formal der Kreistag.

Nach dem Ausscheiden von Frau Kreisrätin Ilke Ackstaller aus dem Kreistag müssen die Ausschusssitze der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (teilweise) neu besetzt werden.

Bei dieser Gelegenheit werden auch hiervon nicht betroffene Ausschüsse auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie auf Vorschlag der Fraktion Freie Wähler-Bayernpartei neu besetzt. Betroffen hiervon ist auch der Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH.

Die stellvertretende Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) KRin Lakhena Leng wird auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen künftig dem Rechnungsprüfungsausschuss als Stellvertreterin von KRin Veronika Ruoff und nicht mehr als Hauptmitglied angehören. Dem Gremium stellt sich nun die Frage, ob – bei den meist sehr umfangreichen Inhalten – eine Benennung des stellvertretenden Vorsitzes aus den Reihen der Stellvertretung zielführend sei.

Nach kurzer Beratung zur Besetzung des Rechnungsprüfungsausschusses wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bis zur Sitzung des Kreistags am 24.07.2023 der stellvertretende Vorsitz und seitens der CSU-FDP-Fraktion weitere stellvertretende Mitglieder benannt.

Der Beschlussvorschlag wird entsprechend um diese zwei Punkte erweitert und von Herrn Landrat zur Abstimmung gestellt.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Zu a)

- 1. Der Kreistag stellt fest, dass Frau Kreisrätin Ilke Ackstaller ihr Kreistagsmandat mit Ablauf des 24.07.2023 niederlegt.**
- 2. Frau Kreisrätin Ilke Ackstaller scheidet mit Ablauf des 24.07.2023 per heutigem Beschluss des Kreistages aus dem Kreistag aus.**

Zu b)

1. **Es wird festgestellt, dass nach dem amtlichen Endergebnis der Kreistagswahl vom 15.03.2020 Herr Johannes Rumpfinger aus Hohenlinden mit Wirkung zum 25.07.2023 per heutigem Beschluss als Listennachfolger von Frau Ilke Ackstaller in den Kreistag nachrückt.**
2. **Herr Johannes Rumpfinger ist nach Art. 24 Abs. 4 LkrO zu vereidigen mit Wirkung zum 25.07.2023.**

Zu c)

1. **Die Gremien werden wie folgt neu besetzt:**

Kreis- und Strategieausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Wagner Martin	Mayr Piet		
CSU-FDP	Huber Thomas	Schwaiger Johann		
CSU-FDP	Bauer Christian	Hilger Franziska		
CSU-FDP	Brilmayer Walter	Oswald Josef		
CSU-FDP	Müller Alexander	Frick Roland		
GRÜNE	Gruber Waltraud	Obermayr Angelika	Fent Niklas	Dr. Burggraf Ulrike
GRÜNE	Mayer Benedikt	Oellerer Reinhard	Schüller Antonia	Forst Johannes, von der
GRÜNE	Leng Lakhena	von Sarnowski Thomas	Schweinsteiger Ronja	Johannes Rumpfinger
FW-BP	Reitsberger Georg	Scherzl Günter	Ossenstetter Simon	
SPD	Hingerl Albert	Rauscher Doris	Proske Ulrich	Platzer Elisabeth
AG ödp-Linke	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	
AfD	Schmidt Manfred	Pelz Heidelinde		

Rechnungsprüfungsausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Schwäbl Josef	Hilger Franziska	
CSU-FDP	Lechner Martin	Bauer Christian	
GRÜNE	Ruoff Veronika	Leng Lakhena	Mayer Benedikt
FW-BP	Günter Scherzl	Weindl Max	
SPD	Platzer Elisabeth	Proske Ulrich	Poschenrieder Bianka

Jugendhilfeausschuss

Beschließende Mitglieder aus dem Kreistag

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
FG CSU-FDP	Pfluger Renate	Stewens Christa		
FG CSU-FDP	Bauer Christian	Linhart Susanne		

FG CSU-FDP	Riedl Martin	Zistl Josef		
GRÜNE	Schweinsteiger Ronja	Eberl Ottilie	Forst, Johannes von	Oellerer Reinhard
GRÜNE	Greithanner Franz	Schüller Antonia	Mayer Benedikt	Fent Niklas
FG FW-BP	Ried Toni	Lechner Thomas	Scherzl Günter	
SPD	Rauscher Doris	Poschenrieder Bianka	Proske Ulrich	Wimitzer Maria

Ausschuss für Liegenschaften, Schulbauten und Vergaben - LSV-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Mayr Piet	Pfluger Renate		
CSU-FDP	Dahms Walentina	Föstl Magdalena		
CSU-FDP	Ziegltrum Sonja	Schwaiger Johann		
CSU-FDP	Zistl Josef	Riedl Martin		
CSU-FDP	Frick Roland	Spitzauer Leonhard		
CSU-FDP	Gressierer Alexander	Lechner Martin		
GRÜNE	Greithanner Franz	Fent Niklas	Gruber Waltraud	Schweinsteiger Ronja
GRÜNE	Obermayr Angelika	Mayer Benedikt	Leng Lakhena	Otilie Eberl
GRÜNE	Johannes Rumpfinger	Veronika Ruoff	Forst Johannes, von der	Dr. Burggraf Ulrike
FW-BP	Ossenstetter Simon	Ried Toni	Scherzl Günter	
FW-BP	Weindl Max	Reitsberger Georg	Lechner Thomas	
SPD	Platzer Elisabeth	Proske Ulrich	Wirnitzer Maria	Hingerl Albert
AG ödp-Linke	Ottinger Marlene	Schweisfurth Karl	Dr. Glaser Renate	
AfD	Pelz Heidelinde	Schmidt Manfred		

Ausschuss für Umwelt- und Naturschutzangelegenheiten, Landkreisentwicklung, Regionalmanagement, Verkehrsinfrastruktur, Abfallwirtschaft, ÖPNV und Schülerbeförderung - ULV-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Föstl Magdalena	Dahms Walentina		
CSU-FDP	Spitzauer Leonhard	Ziegltrum Sonja		
CSU-FDP	Hilger Franziska	Müller Alexander		
CSU-FDP	Lechner Martin	Linhart Susanne		
CSU-FDP	Oswald Josef	Gressierer Alexander		
CSU-FDP	Frick Roland	Pfluger Renate		
GRÜNE	Antonia Schüller	Johannes Rumpfinger	Schweinsteiger Ronja	Greithanner Franz
GRÜNE	Sarnowski, Thomas von	Gruber Waltraud	Ruoff Veronika	Mayer Benedikt
GRÜNE	Fent Niklas	Leng Lakhena	Dr. Burggraf Ulrike	Eberl Ottilie
FW-BP	Lechner Thomas	Ossenstetter Simon	Weindl Max	
FW-BP	Maurer Ludwig	Ried Toni	Scherzl Günter	
SPD	Poschenrieder Bianka	Wirnitzer Maria	Hingerl Albert	Proske Ulrich
AG ödp-Linke	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	Dr. Glaser Renate	

AfD	Schmidt Manfred	Demmel Helmuth		
-----	-----------------	----------------	--	--

Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH

Fraktion	Mitglied	Ersatzmitglied
CSU-FDP	Huber Thomas	Matjanovski Marina
CSU-FDP	Stewens Christa	Oswald Josef
CSU-FDP	Wagner Martin	Hilger Franziska
CSU-FDP	Linhart Susanne	Föstl Magdalena
GRÜNE	Oellerer Reinhard	Benedikt Mayer
GRÜNE	Dr. Burggraf Ulrike	Obermayr Angelika
GRÜNE	Schweinsteiger Ronja	Forst Johannes, von der
FW-BP	Ossenstetter Simon	Ried Toni
SPD	Platzer Elisabeth	Rauscher Doris
AG ödp-Linke	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl
Besonders erfahrene Person im Krankenhauswesen	Pfaffeneder Günther, GF a.D. 'Romed'	
Besonders erfahrene Person im Krankenhauswesen	Dr. Weiler Thomas, GF 'Gesundheit Oberbayern'	

Zu c)

- 2. Der stellvertretende Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bis zur Sitzung des Kreistags am 24.07.2023 mitgeteilt werden.**
- 3. Die CSU-FDP-Fraktion wird bis zur Sitzung des Kreistags am 24.07.2023 für die Ausschüsse weitere stellvertretende Mitglieder benennen.**



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 4	Haushalt 2023; Zwischenbericht 2023 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschusses
-------	---

2023/0890

Sachvortragende(r):

Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß berichtet aus den Fachausschüssen zum Haushalt 2023 anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll) und informiert, dass das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses voraussichtlich um knapp 2 Mio. € unterschritten werde. Der Planansatz der Kostenstelle Finanzierung werde nach derzeitigem Kenntnisstand bei der Annahme, dass die Grunderwerbssteuer bis zu 900.000 € unter dem Planansatz liege, um ca. 1,2 Mio. € überschritten.

Auf die Nachfrage von KR Christian Bauer antwortet Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin für Zentrales und IT, dass der Transformationsprozess (Kostenstelle 120) der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen dem Personalservice und dem Personalkörper diene.

KR Albert Hingerl bittet hierzu um einen Erfahrungsbericht mit einer Kosten-Nutzen-Analyse.

Brigitte Keller antwortet, dass dem Gremium darüber berichtet werde, allerdings sei es für einen Erfahrungsbericht noch zu früh, da das Projekt – mit einer Dauer von zwei Jahren – erst begonnen habe.

KR Albert Hingerl zeigt seine Verwunderung über die Mehraufwendungen bei der Zuführung von Pensionsrückstellung, Beihilferückstellung und der Altersteilzeit in Höhe von 438.000 €, da es sich seines Erachtens hier um eine planbare Größe handele.

Katja Witschaß und Brigitte Keller erläutern den Hintergrund der Bilanzierung von Rückstellungen, die die öffentliche Verwaltung, aufgrund der Alters- bzw. Hinterbliebenenversorgung, als ungewisse Verbindlichkeit zu bilden habe. Die Mehraufwendungen im Bereich der Rückstellungen (Pensionsrückstellung, Rettungsverband etc.) entstehen aufgrund der ungewissen Höhe und/oder Fälligkeit zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung.

Auf den Hinweis von KR Christian Bauer über die nur in wenigen Fällen statthafte bilanzrechtliche Auflösung von Rücklagen, antwortet Brigitte Keller, dass in der kaufmännischen Buchführung die Pensionsrückstellung entweder durch die Inanspruchnahme oder als „sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen“ ausgewiesen werden.

KR Benedikt Mayer bittet um eine detaillierte Darstellung der Rückstellungen und deren Auflösung im nächsten Jahresabschluss.

In seinem Statement führt KR Manfred Schmidt aus, dass er die Bezeichnung „Budgetrücklagen“ für einen „Etikettenschwindel“ halte, soweit damit die Finanzierung von Annehmlichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewirkt werde. Er moniert, dass die Verwaltung, trotz des eindeutigen Hinweises der Aufsichtsbehörde, diese Bezeichnung weiterhin verwende. Die in der Sitzungsvorlage erbetene Anregung zur Transparenzverbesserung greife er auch anhand des ihn irritierenden Hinweises in S. 24 auf, wonach das Budget für die von der Verwaltung bezeichnete „Budgetrücklage“ in Höhe von 50.000 € für das Jahr 2023 nicht auf die Kostenstellen verteilt werde. Merkwürdig sei für ihn, die offensichtliche Untätigkeit des Revisionsamtes, das allerdings selbst der Annehmlichkeiten teilhaftig wurde. Der Kreis- und Strategieausschuss habe in seiner Sitzung am 08.05.2023 aufgrund einer, auf die AfD zurückzuführenden Beschwerde beim Regierungspräsidenten, rechtsaufsichtlichen Aufforderung die bisherige Praxis der Bewirtschaftung der „Budgetrücklagen“ eingestellt. Befremdlich erscheine ihm, so KR Manfred Schmidt, die offensichtlichen Bemühungen der Landkreisspitze auch weiterhin Annehmlichkeiten bei Erzielung sogenannter managementbedingter Einsparungen zu gewähren. Allerdings sehe er für solche „Sachgebiets-Incentives“ oder ähnlichem keinerlei Rechtsgrundlage. Die AfD-Kreistagsfraktion werde notfalls bis zu einer letztinstanzlichen Entscheidung unbeirrt am Ball bleiben, so KR Manfred Schmidt, denn für herausragende individuelle Leistungen stehen neben Beförderungen und Höhergruppierungen, einmalige Leistungsprämien als auch laufende Leistungszulagen gesetzlich bzw. tarifrechtlich zur Verfügung.

KR Benedikt Mayer äußert sein Bedauern darüber, dass dem Gremium noch keine aussagekräftigen Informationen zu den Investitionen vorlägen, die, so die Finanzmanagerin Brigitte Keller, zu so einem frühen Zeitpunkt noch keine Aussagekraft hätten. Eine seriöse Prognose der Kreditaufnahmen sei aufgrund von verschiedenen Faktoren zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich.

Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt den Zwischenbericht 2023 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschusses zur Kenntnis.

TOP 5	Eckwerteberatungen - Rederecht für die Sachgebietsleitungen; Antrag der Ausschussgemeinschaft im Kreistag ÖDP/ DIE LINKE vom 11.06.2023
-------	---

2023/1026

Sachvortragende(r):

Ana Stellmach, Leiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

KRin und Antragstellerin Dr. Renate Glaser stellt den Antrag der Ausschussgemeinschaft ÖDP/DIE LINKE vom 11.06.2023 vor. In diesem wird ein Rederecht für die Sachgebietsleitungen beantragt, damit sie ihr Budget für den Haushalt 2024, insbesondere auch mögliche Stellenmehrungen, selbst begründen können.

Ana Stellmach erläutert im Rahmen einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) die einzelnen Schritte zum Eckwerteverfahren.

Es folgt eine kontroverse Diskussion.

Antragstellerin KRin Dr. Renate Glaser und KR Albert Hingerl (SPD-Fraktion) vermissen bei diesem Verfahren die Möglichkeit des Dialogs mit der Sachbearbeitung/der Sachgebietsleitung und damit der Möglichkeit, gezielt Fragen stellen zu können, um sich im Sinne eines demokratischen Prozesses eine eigene Meinung zur Höhe des Eckwertes und eventueller zusätzlicher Stellen bilden zu können.

Der Kreistag entscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten des Landkreises und könne Grundsätze für die Verwaltung des Landkreises festlegen, so KR Albert Hingerl. Das Eckwerteverfahren widerspreche dem, da der Kreistag lediglich die Vorgabe des Finanzmanagements übernehme. Er schlägt daher eine Beratung der Fraktionssprecher mit den Abteilungsleitern vor, um über den Mittelmehrbedarf und dessen Kürzungen zu beraten.

Der Landrat führt in das Thema ein und erläutert die Entwicklungshistorie des Eckwerteverfahrens, das sich der Kreistag im Zuge der Strukturierung neben der Warteliste und Finanzleitlinie selbst gegeben habe. Eckwerte ermöglichen strategisches Handeln des Kreistags und begrenzen die Planung, so der Landrat. Seit 2008 werde das System, das auch immer wieder nachjustiert wurde, angewandt und habe sich seines Erachtens gut bewährt. Im Eckwert 2024 seien keine zusätzlichen Stellen berücksichtigt, denn die von den Sachgebieten angeforderten Stellen werden in der ersten Haushaltslesung vorgestellt. Derzeit werde davon ausgegangen, so der Landrat weiter, dass der Landkreis im Jahr 2024 nicht ohne weitere neue Stellen auskommen werde.

Der Landrat sowie die Kreisräte Martin Wagner, Alexander Müller und Christian Bauer spre-

chen sich für die Beibehaltung des Eckwerteverfahrens, als ein Steuerungsinstrument des Kreistages für die Haushaltsplanung, aus und erklären, dass der Eckwert nach den Beratungen zu den Teilbudgets in den Fachausschüssen bedarfsweise vom Kreistag nachjustiert werden könne. Die Pflicht des Finanzmanagements bestehe darin, aus der eigenen Erfahrung und der Treffsicherheit der Prognosen der Vorjahre die Einschätzungen der Sachgebiete aus der Gesamtsituation des Haushalts zu bewerten. Die Sachgebiets- und/oder Abteilungsleitungen für Liegenschaften, Soziales, Kreisjugendamt sowie Umwelt seien anwesend und stünden für Fragen zur Verfügung. Allen Sachgebietsleitungen bzw. Kostenstellenverantwortlichen eine Rede- und Diskussionszeit zu gewähren und damit ein allzu detailliertes „Mikromanagement“ durchzuführen, sei nicht Aufgabe des Kreis- und Strategieausschusses.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin für Zentrales und Bildung, erklärt, dass es dem Kreistag und seinen Ausschüssen unbenommen bleibe, Kostenstellenverantwortliche zur Sachlage zu hören. Die Fachbereiche planen allein aus eigenen Überlegungen und ohne „Obergrenze“. Nur Eckwerte würden bei der im Herbst vorzunehmenden konkreten Planung zeigen, wofür die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht ausreichen. Die Fachausschüsse und/oder der Kreistag könne dann in der Planung ggf. nachsteuern.

KR Albert Hingerl schlägt vor, die Thematik in der Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung beraten zu wollen.

KRin und Antragstellerin Dr. Renate Glaser schließt sich dem Vorschlag ihres Vorredners an und verweist ihren Antrag zur Beratung und Entscheidung an die Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag der Ausschussgemeinschaft ÖDP/DIE LINKE zur ‚Eckwerteberatung – Rederecht für die Sachgebietsleitungen‘ vom 11.06.2023 wird zur weiteren Beratung an die Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung verwiesen.



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

TOP 6	Haushalt 2024; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
-------	---

2023/0891

Sachvortragende(r):

Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß informiert anhand einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll) über den Finanzrahmen der einzelnen Fachausschüsse (Eckwerte).

Die Beratungen und Wortbeiträge zu den fünf Teilbudgets finden am Ende des jeweiligen Teilbudgets statt:

Eckwertevorschlag Kreis- und Strategieausschuss (Der Eckwert für den Kreis- und Strategieausschuss wird auf 13.900.000 € (+3,6% zum Plan 2023) festgesetzt.)

KRin Dr. Renate Glaser erkundigt sich, wann das Gremium von der Verwaltung weiterführende Informationen über das Projekt ‚Transformationsprozess‘ (Kosten von 80.000 €) erhalten. Mit Verweis auf ihren Antrag (TOP 5 ö) äußert sie ihr Bedauern, die Sachgebietsleitung nicht zu diesem Projekt befragen zu können. Ebenso hätte sie gerne die Meinung des Geschäftsführers der Energieagentur zur Empfehlung der Finanzmanagerin gehört, die Mehraufwendungen der Personal- und Tarifsteigerungen durch Mehreinnahmen zu finanzieren. Sie erkundigt sich, wann das Gremium noch vor der ersten Haushaltslesung die Möglichkeit habe, die Meinung der Kostenstellenvertretungen zu hören, um dadurch eine Basis für eine Entscheidung zu haben.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin für Zentrales und Bildung informiert, dass die Zuschlagserteilung zur Begleitung des Transformationsprozesses aufgrund der im Verfahren vorgegebenen Zeitschiene nebst Bindefrist als Eilgeschäft des Landrats erfolgen musste. In der vorangegangenen Sitzung wurde der Kreis- und Strategieausschuss darüber informiert. Zu gegebener Zeit werde sie in nichtöffentlicher Sitzung über den Transformationsprozess aus den Organisationseinheiten berichten. Das Projekt, mit einer Laufzeit von zwei Jahren, habe erst begonnen, von daher sei es noch zu früh, um über Erfahrungen berichten zu können. Zum Planansatz der Energieagentur, so Brigitte Keller, könne das Gremium heute oder erst zur ersten Haushaltslesung über eine Anhebung des Eckwertes entscheiden.

KR Benedikt Mayer erläutert das System des Eckwertes, der als Vorschlag einer Eckwertobergrenze für die Haushaltsberatungen in den jeweiligen Fachausschüssen zu werten sei. Die Fachausschüsse beschließen letztendlich die Höhe des Eckwertes, der erfahrungsgemäß oftmals aus verschiedenen Gründen nicht eingehalten werden könne. Skeptisch sehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die unveränderte Höhe des Zuschusses gegenüber dem Vorjahr an die Energieagentur. Seine Fraktion werde aber die Diskussion darüber erst in der Sitzung zur Eckwertberatung des Kreis- und Strategieausschuss am 06.11.2023 führen. Aus diesem Grund stimme seine Fraktion heute dem Finanzrahmen für den Kreis- und Strategieausschuss zu, so KR Benedikt Mayer.

KR Albert Hingerl fühlt sich als Kreisrat zu wenig in den Prozess der Eckwerteplanung mit eingebunden. Er könne daher den Beschlussvorschlag ohne weitere Informationen und einer Wahlmöglichkeit lediglich zur Kenntnis nehmen.

Brigitte Keller verweist auf die ausführliche Sitzungsvorlage und erklärt, wenn weitere Informationen benötigt werden, müsse das definiert werden.

KR Albert Hingerl schlägt vor, den Satz „Die Fachausschüsse werden aufgefordert bei der Haushaltsplanung 2024 diese Eckwerte einzuhalten“ zu streichen.

Brigitte Keller merkt an, dass die Verwaltung hier einer Forderung des Kreistags folge und sogar das früher verwendete Wort „gebeten“ durch „aufgefordert“ ersetzt wurde.

Eckwertevorschlag Jugendhilfeausschuss (Der Eckwert für den Jugendhilfeausschuss wird auf 19.000.000 € (+0% zum Plan 2023) festgesetzt.)

KR Manfred Schmidt stellt zur Kostenstelle 232 (Hilfe für junge Volljährige) die Fragen, ob die Leistungen gesetzlich vorgeschrieben seien und auch für junge volljährige Asylbewerber,

als auch für jene gelte, deren Asylverfahren abgelehnt wurde.

Er bittet um eine getrennte Abstimmung zur Kostenstelle des Kreisjugendrings und begründet dies mit der weder extern noch intern (durch das Revisionsamt) erfolgten Rechnungs- und Kassenprüfung. Er habe diesbezügliche noch eine Beschwerde laufen.

Der Kreisjugendamtsleiter Florian Robida antwortet, dass es sich bei der Hilfe für junge Volljährige – unabhängig vom Status – um eine gesetzliche Pflichtaufgabe nach § 41 SGB VIII handele. Ein sogenannter Regelrechtsanspruch auf Unterstützung bestehe sogar bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres.

Auf die Nachfragen von KRin Dr. Renate Glaser und KRin Lakhena Leng erklären der Abteilungsleiter für Jugend, Familie und Demografie Christian Salberg und der Kreisjugendamtsleiter Florian Robida, dass die Einhaltung der Obergrenze von 19 Mio. € machbar aber auch sehr ambitioniert sei. Ob der Kreisjugendring mit den Kürzungen klarkomme, entziehe sich ihrer Kenntnis. Sollte der Kreisjugendring mehr ausgeben, müsse das Kreisjugendamt mehr einsparen oder der Eckwert geändert werden.

Eckwertevorschlag SFB-Ausschuss (Der Eckwert für den SFB-Ausschuss wird auf 22.900.000 € (+7% zum Plan 2023) festgesetzt.)

Bezugnehmend auf die Mehraufwendungen im sozialen Bereich erkundigt sich KR Manfred Schmidt, wie viel Asylverfahren im Landkreis abgelehnt wurden und weshalb die Abschiebung nicht zeitnah vollzogen werde.

Der Landrat erklärt, dass die Frage zur Abschiebung nicht beantwortet werden könne, weil das Landratsamt nicht die vollziehende Behörde sei und nur im Zweifel Amtshilfe leiste.

Brigitte Keller und Katja Witschaß beantworten zufriedenstellend die Verständnisfragen aus dem Gremium.

KRin Lakhena Leng erkundigt sich über den Mehrbedarf bei den Schulen bzgl. der Lizenzen, Wartungen, GWG-Ausstattung und Dienstleistungen. Sie merkt an, dass Verträge eventuell bereits über mehrere Jahre geschlossen wurden, wie z.B. bzgl. der Wartung. Sie bittet um detailliertere Informationen über das Zustandekommen des angemeldeten Mehrbedarfs.

Katja Witschaß sichert die Information in Form einer Protokollnotiz zu.¹

¹ Protokollnotiz:

Das Budget der Schulen für EDV-Wartung (Lizenzen, Updates, Software, Hosting-Gebühren für Domains und Server) ist bereits Stand 19.07.2023 zu 75 % ausgeschöpft, sodass hierfür in 2024 mehr Budget zur Verfügung gestellt werden muss. Darüber hinaus wurde mit einer Preissteigerung für 2024 kalkuliert, weil u.a. neben den laufenden Jahreslizenzen der drei Jahres Vertrag für die Basis-Lizenzen dieses Jahr ausläuft. Des Weiteren konnten nicht alle Kosten und Beschaffungen über den Digitalpakt abgedeckt werden, sondern nur die gemäß der 2018/2019 erstellten Medienkonzepte. Dadurch fallen fortlaufend Kosten für weitere Ersatz-/ Austauschgeräte und auch für neue digitale Technologien an. Insbesondere durch die Windows 11 Umstellung werden Lizenzen, Updates, Software und Hardware benötigt. Des Weiteren sind in 2024 100% der Kosten zu berücksichtigen, weil derzeit keine weiteren Förderungen bekannt sind. Beim Digitalpakt betrug der Eigenanteil des Landkreises lediglich 10%. Die restlichen 90% wurden aufgrund der Förderung finanziert.

Eckwertevorschlag ULV-Ausschuss (Der Eckwert für den ULV-Ausschuss wird auf 12.000.000 € (+24,7% zum Plan 2023) festgesetzt.)

Aufgrund der signifikanten Kostensteigerungen durch den ÖPNV, bei sinkenden Fahrgastzahlen, regt KR Alexander Müller an, die Wirtschaftlichkeit einzelner Buslinien zu überprüfen. Mit Blick auf die bisherige Preisentwicklung und den Prognosen für grünen Wasserstoff sei für ihn der Mehraufwand von 580.000 € für die Wasserstoffbusse nicht nachvollziehbar. Er befürchtet aufgrund der Inflation einen sogenannten „Mitnahmeeffekt“, dem vorgebeugt werden müsse.

Skeptisch stehe seine Fraktion (Bündnis 90/Die Grünen) der Kürzung zum Mittelmehrbedarf im Teilbudget des ULV-Ausschusses gegenüber, so KR Benedikt Mayer, daher bittet er um eine getrennte Abstimmung. Er hofft auf neue Erkenntnisse in der kommenden Sitzung des ULV-Ausschusses. Im Moment seien ihm aber die Kürzungen zu krass, von daher werde seine Fraktion den Eckwert für den ULV-Ausschuss ablehnen.

Auf die Nachfrage von KRin Dr. Renate Glaser weshalb die Summe der Prognose der Kostenstellenverantwortlichen von der Summe der Prognose des Finanzmanagements abweiche, antwortet die Finanzmanagerin Brigitte Keller, dass sie und das Finanzmanagement mit Blick auf die Gesamtsituation des Haushalts, der IST- Entwicklung sowie der Treffsicherheit der Prognosen der Vorjahre (das Budget des ULV-Ausschuss wurde noch nie überschritten) die Einschätzungen der Sachgebiete bewerte. Inwiefern die bisherigen Beschlüsse des ULV Ausschusses überprüft werden könnten, wie im Sachvortrag vorgeschlagen, erhoffe sie sich ebenfalls neue Erkenntnisse in der kommenden Sitzung des ULV-Ausschusses, vor allem zum Mittelmehrbedarf des ÖPNV. Der angespannte Kreishaushalt könne eine Verdoppelung des Budgets des ULV-Ausschusses gegenüber dem IST 2022 nicht verkraften, so Brigitte Keller. Außerdem löse der Mittelmehrbedarf für dieses Teilbudget zwei Kreisumlagepunkte aus.

Als freiwillige Leistung sei der Bereich Klimaschutz im ULV-Ausschuss antragsgesteuert und basiere auf politischen Beschlüssen des ULV-Ausschusses merkt die Abteilungsleiterin für Bau und Umwelt Friedericke Paster an.

Auf die Anmerkung von KR Alexander Müller, einzelne MVV-Regionalbuslinien auf deren Wirtschaftlichkeit zu überprüfen erklärt der Landrat, dass es sich hier um ausgeschriebene Linien handele. Die zwei neu ausgeschriebenen MVV Regionalbuslinien (448 Ringlinie Grafing – Ebersberg und 413 Zorneding – Höhenkirchen / Siegertsbrunn) sowie die Änderungen im Jahresfahrplan, das allgemein steigende Preisniveau und die nahezu Verdoppelung des auf politischem Willen basierenden Fahrplanangebotes des Nahverkehrsplans, wirke sich natürlich finanziell aus, so der Landrat. Bei der zweistelligen Kostenerhöhung im ÖPNV, über die der kommende ULV-Ausschuss beraten werde, handele es sich aufgrund von verschiedenen Unwägbarkeiten, wie Fahrgastaufkommen, Tarifverhandlungen für die Busfahrer (in Bayern sind die Bezüge niedriger als in anderen Bundesländern), Fachkräftemangel, 365 €-Ticket, um eine Prognose. Die Linien werden regelmäßig von der Verwaltung auf deren Kostendeckungsgrad überprüft und seien in der Regel für drei Jahre ausgeschrieben.

Eckwertevorschlag LSV-Ausschuss (Der Eckwert für den LSV-Ausschuss wird auf 19.000.000 € (+ 15 % zum Plan 2023) festgesetzt.)

KRin Dr. Renate Glaser erkundigt sich, welche Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzes aufgrund der Eckwertkürzung nicht umgesetzt werden können.

Aus dem Stegreif könne sie die Frage nicht beantworten, so die Sachgebietsleiterin für Kreishochbau und Liegenschaften Renate Ellmann. Beispielhaft schildert Renate Ellmann eine notwendige Flachdachsanieierung an der Realschule in Ebersberg, die aufgrund der Kürzung des Eckwertes geschoben werden müsse, aber unter Umständen zu Folgekosten führen könnte. Im Bauunterhalt seien Umsetzungsmaßnahmen sowie Klimaschutzmaßnahmen nach verschiedenen Prioritäten eingeplant. Im Eckwert seien zurzeit nur die Beträge für die Priorität A enthalten. Für die Prioritäten B und C müssten rund 1,4 Mio. € zusätzlich im Eckwert berücksichtigt werden. Grundsätzlich sei es sehr wichtig, dass der Bauunterhalt mindestens in Höhe der Abschreibung zur Verfügung stehe, so Renate Ellmann, damit die lange Nutzungsdauer der Gebäude erhalten bleibe und um den Werteerhalt zu sichern.

KRin Dr. Renate Glaser bittet, ihre Frage „Welche Maßnahmen zum Klimaschutz können aufgrund der Eckwertkürzung nicht umgesetzt werden?“ im Rahmen der Vorplanung ‚Haushalt 2024‘ für das Teilbudget des LSV-Ausschusses in der Sitzung des LSV-Ausschusses am 04.10.2023 zu beantworten.

KR Martin Wagner bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung und für die Erläuterungen.

KR Benedikt Mayer schließt sich dem Dank an. Vor allem bedankt er sich für die Bewertung durch das Finanzmanagement, was für die Vorbereitung zur heutigen Sitzung sehr hilfreich war.

Auf Wunsch des Gremiums stellt der Landrat die Eckwerte zu den Fachbereichen einzeln und anschließend die Gesamtsumme zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschlüsse:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Für die Haushaltsberatungen 2024 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:

☒	Plan 2023☒	Eckwertevorschlag 2024☒
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)☒	13.412.686☒	13.900.000☒



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

Jugendhilfeausschuss☒	19.000.000☒	19.000.000☒
------------------------------	-------------	--------------------



angenommen

Ja 12 Nein 1 Anwesend 13

SFB-Ausschuss	21.399.982	22.900.000
----------------------	------------	-------------------



angenommen

Ja 12 Nein 1 Anwesend 13

LSV-Ausschuss	16.524.947	19.000.000
----------------------	------------	-------------------



angenommen

Ja 11 Nein 2 Anwesend 13

ULV-Ausschuss	9.620.577	12.000.000
----------------------	-----------	-------------------



angenommen

Ja 7 Nein 6 Anwesend 13

Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 86.800.000 €. Die Summe der zur Verfügung gestellten Finanzmasse erhöht sich gegenüber der Planung 2023 um 6.841.808 € bzw. 8,6 %.

Die Fachausschüsse werden aufgefordert bei der Haushaltsplanung 2024 diese Eckwerte einzuhalten.



angenommen

Ja 10 Nein 3 Anwesend 13

TOP 7	Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2021 der Kreisklinik gGmbH – Entlastung des Aufsichtsrates
-------	--

2023/0894

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 18.07.2022, TOP 22 Nö
Kreistag am 25.07.2022, TOP 17 Nö

Sachvortragende(r):

Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Der gewählte Stellvertreter des Landrats Walter Brilmayer übernimmt den Vorsitz. Er informiert, dass weder der Landrat noch die in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder (Thomas Huber, Martin Wagner, Reinhard Oellerer, Dr. Renate Glaser) wegen persönlicher Beteiligung mitstimmen dürfen.

Katja Witschaß hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll) und beantwortet zufriedenstellend eine Verständnisfrage aus dem Gremium.

Der Vorsitzende Walter Brilmayer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt.



einstimmig angenommen

Ja 7 Nein 0 Pers. beteiligt 5 Anwesend 09

Bei dem Ermächtigungsbeschluss des Kreistags für den Gesellschafter haben weder der Landrat noch die in den Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH entsandten Mitglieder (KR Martin Wagner, KR Thomas Huber, KR Reinhard Oellerer und KRin Dr. Renate Glaser) an der Beratung und Abstimmung teilgenommen. (Art. 43 Abs. 1 LKrO).

TOP 8	Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2022 des Sondervermögens der Kreisklinik Ebersberg
-------	---

2023/0895

Sachvortragende(r): Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Der Landrat übernimmt wieder den Vorsitz und übergibt das Wort an Frau Katja Witschaß, die anhand einer Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll) über den Jahresabschluss 2022 des Sondervermögens der Kreisklinik informiert.

Es folgt keine Wortmeldung und der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt den Jahresabschluss 2022 des Sondervermögens Kreisklinik in Höhe von – 141.632,41 € (Verlust) zur Kenntnis.**
- 2. Der Abschluss wird zur örtlichen Prüfung an das Revisionsamt weitergeleitet.**



einstimmig angenommen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

TOP 9	Beteiligungsmanagement; a) Zielvereinbarung 2023 Energieagentur Ebersberg-München gGmbH b) Zielvereinbarung 2023 und Zielerreichung 2022 Wohnbaugesellschaft gKU
-------	--

2023/0882

Sachvortragende(r): Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin 1, Zentrales und Bildung

Brigitte Keller informiert im Rahmen einer Präsentation (Anlage 7 zum Protokoll) über die Zielvereinbarung 2023 und Zielerreichung 2022 der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH und der Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU.

Sie verweist auf den anwesenden Geschäftsführer der Energieagentur Ebersberg – München gGmbH Dr. Willie Stiehler, der für Fragen zur Verfügung stehe.

Die Zielvereinbarungen werden im Jahr 2024 fortgeschrieben und um die Berichterstattung der Kreisklinik Ebersberg ergänzt, so Brigitte Keller.

Brigitte Keller beantwortet zufriedenstellend Verständnisfragen aus dem Gremium.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt die Zielvereinbarungen 2023, die das Beteiligungsmanagement mit den relevanten Beteiligungen abgeschlossen hat, zur Kenntnis.**
- 2. Die Zielvereinbarungen werden 2024 fortgeschrieben vorgelegt.**



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 10	Beteiligungsmanagement; Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU – Grundstücksaufnahme Hauptstraße 25, Grafing Bahnhof
--------	---

2023/0974

Sachvortragende(r): Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin 1, Zentrales und Bildung

Brigitte Keller informiert über den Beschluss der Stadt Grafing, die Grundstücke mit der Flurnummer 556/59 und 556/127 mit der Gemarkung Nettelkofen an der Hauptstraße 2 nach Kaufabschluss an die Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU zur Bebauung und Verwaltung eines sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung zu stellen. Der Kaufvertrag wurde nun beurkundet und ist seit dem 30.03.2023 rechtswirksam. Nun können die Mitgliedsgemeinden und der Landkreis den Beschluss zur Grundstücksaufnahme in ihren Gremien sowie die Beauftragung und Ermächtigung zur Unterschrift der Satzungsänderung einholen.

Es folgt keine Wortmeldung und der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Die Aufnahme der Grundstücke FI-Nr. 556/59 und 556/127 (Hauptstraße 25) der Gemarkung Nettelkofen in die Unternehmenssatzung der Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU wird beschlossen.**
- 2. Der Landrat wird als Vertreter des Landkreis Ebersberg ermächtigt, die Änderungssatzung (Anlage 8) zu unterschreiben.**



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 11	Fortschreibung des Demografiekonzepts 2023
--------	--

2023/0949/1

Abteilung 6/Sachgebiet 62

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 12.05.2022, TOP 3ö

SFB-Ausschuss am 19.04.2023, TOP 5ö

Sachvortragende(r):

Jochen Specht, Leiter SG 62, Sozialplanung und Demografie

Jochen Specht stellt anhand einer Präsentation (Anlage 9 zum Protokoll) das fortgeschriebene Demografiekonzept vor.

Der Landrat bedankt sich beim Sachgebietsleiter Jochen Specht und beim Abteilungsleiter für Jugend, Familie und Demografie Christian Salberg für die Umsetzung der Handlungsfelder und Maßnahmen, um so den gesellschaftlichen Veränderungen im Landkreis gerecht zu werden. Ebenso bedankt er sich bei KR und MdL Thomas Huber, aufgrund dessen Antrag vor rund 10 Jahren die Folgenabschätzung des demografischen Wandels behandelt wurde.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Die Fortschreibung des Demografiekonzepts 2023 wird beschlossen. Das Demografiekonzept ist Bestandteil des Beschlusses und Anlage (10) zur Niederschrift.**
- 2. Das Sachgebiet 62-Sozialplanung & Demografie berichtet dem SFB-Ausschuss jährlich über den Fortgang des Demografiekonzepts.**



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

TOP 12	Landratsamt Ebersberg - Verwaltungsgebäude Kolpingstraße; Mehrausgaben Bewirtschaftungskosten
--------	---

2023/1007/1

13

Sachvortragende(r):

Toni Prietz, Teamleiter SG 13, Kreishochbau und Liegenschaften

Toni Prietz hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 11 zum Protokoll).

KR Alexander Müller zeigt sich erstaunt über die Strompreisentwicklung, worauf Toni Prietz und Renate Ellmann, Sachgebietsleiterin für Kreishochbau und Liegenschaften, antworten, dass die Stromkosten aufgrund des neu geschlossenen Stromvertrages im Vergleich zu den Vorjahren sehr stark angestiegen seien. Die Lieferleistung für den Strom musste zum 01.01.2023 neu ausgeschrieben werden, weil der ehemalige Anbieter im Laufe des Jahres den Stromliefervertrag vertrags- und fristgerecht gekündigt hatte. Diese Ausschreibung musste EU-weit erfolgen.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Das Budget für die Bewirtschaftung der Stromkosten für das Verwaltungsgebäude an der Kolpingstraße wird von 118.800 € auf 479.300 € erhöht. Die überplanmäßigen Ausgaben für das Verwaltungsgebäude in der Kolpingstraße in Höhe von 360.500 € werden genehmigt. Nach Abrechnung mit der Regierung von Oberbayern werden ca. 2/3 der Aufwendungen wieder erstattet.



einstimmig angenommen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

TOP 13	Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Energieagentur Ebersberg-München gemeinnützige GmbH 2019
--------	---

2023/0954/1

963.2/5.4-2019

Vorberatung

Rechnungsprüfungsausschuss, 20.04.2023

Sachvortragende(r):

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats

Michael Ottl hält einen Sachvortrag und verweist bei Fragen auf den anwesenden stellvertretenden Leiter des Revisionsamtes Friedrich Staffe. Das Revisionsamt hatte die Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Energieagentur Ebersberg gemeinnützige GmbH nach Art. 92 Abs. 4 LKrO geprüft. Der sich daraus ergebende Prüfungsbericht für das Geschäftsjahr 2019 wurde am 20.04.2023 dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt.

Während die Gesellschaft zum 01.09.2014 als Energieagentur Ebersberg gGmbH den Betrieb aufgenommen hat, firmiert sie seit dem 01.11.2017 als Energieagentur Ebersberg-München gemeinnützige GmbH mit den beiden jeweiligen Landkreisen als gleichberechtigte Gesellschafter, die nach § 5 Abs. 2 der Satzung jeweils einen Geschäftsanteil von 50 % des Gesamtstammkapitals erbracht haben.

Mit der Ausdehnung der Geschäftstätigkeit der Energieagentur auf einen weiteren Landkreis, einer im Laufe der Jahre stetig gestiegenen Beschäftigtenzahl verbunden mit einem kontinuierlichen Wachstum der Bilanzsumme sowie anderer maßgeblicher Kenngrößen unterliegt die Gesellschaft einem stetigen Bedeutungswachstum.

Im vorangegangenen Betätigungsprüfungsbericht 2018 hat das Revisionsamt darauf hingewiesen, dass der Gesellschaftsvertrag entgegen Art. 80 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LKrO hinsichtlich der Übernahme der Jahresfehlbeträge keine Haftungsbegrenzung vorsieht und zudem in diesem Zusammenhang wohl vom Vorliegen einer kreditähnlichen Verpflichtung nach Art. 66 Abs. 1 LKrO auszugehen sein dürfte.

Dahingehend wird seitens der Verwaltung noch auf eine entsprechende Rückmeldung der Regierung von Oberbayern als Rechtsaufsichtsbehörde gewartet, um dann, sofern notwendig, den Kreisgremien eine entsprechende Korrektur final vorzuschlagen.

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Wirtschaftsprüfers Christian Rupp vom 25.06.2020 kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 20.04.2023 wurde der nun dem Kreis- und Strategieausschuss vorliegende einstimmige Beschluss gefasst.

Es folgt keine Wortmeldung und der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Bericht über die Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Energieagentur Ebersberg-München gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2019 vom 23.03.2023 wird zur Kenntnis genommen.



einstimmig angenommen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

TOP 14	Rückzahlung und Anpassung des Kassenkredites; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2022
--------	---

2022/0826/2

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 05.12.2022

Kreis- und Strategieausschuss am 27.02.2023

Sachvortragende(r):

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin 1, Zentrales und Bildung

Brigitte Keller hält anhand einer Präsentation (Anlage 12 zum Protokoll) einen Sachvortrag, in dem sie auf die vorangegangenen Beratungen im Kreis- und Strategieausschuss, auf den aktuellen Sachstand der Geldanlagen und deren Zinsanteile sowie auf die Ansparung und die Zinskonditionen für Kassen- bzw. einen Investitionskredit über 8 Mio. € eingeht.

Sie erläutert, dass im Jahr 2023 durch die Anlage von 8 Mio. € ein Zinsanteil von 219.700 € und mit der Anlage von 1 Mio. € ein Zinsanteil von rund 38.700 € in einem Jahr erwirtschaftet werden könne. Die verbleibenden 14,5 Mio. € des Kassenkredits könnten somit in den Jahren 2023, 2024 und 2025 mit jährlich 4,83 Mio. € angespart werden.

Im Jahr 2023 sei ein Ergebnisüberschuss in Höhe von 4,53 Mio. € ausgewiesen. Sollte das Ergebnis erreicht werden, würde das zur Ansparung der Teilsumme für 2023 nicht ganz ausreichen, so die Finanzmanagerin Brigitte Keller. Die angesparten Ergebnisüberschüsse könne der Landkreis derzeit nicht für Investitionen verwenden, weil die Ansparung des Kassenkredits absolute Priorität habe. Die Finanzleitlinie sei deshalb im Punkt „Eigenfinanzierungsanteil“ in den nächsten Jahren nicht einzuhalten, da jeder Investitionskredit besser sei, als ein konsumtiver Kredit. Denn dieser sage nichts Anderes aus, so Brigitte Keller, als dass der Landkreis über seine Verhältnisse lebe, was aus ihrer Sicht mit Ablauf des Kassenkredits 2025 wieder beendet werden müsse.

Über die Rückzahlung des Kassenkredits sowie über die Ansparung und Zinsentwicklung werde im Rahmen des Halbjahresberichtes zur Finanzleitlinie des Landkreises berichtet.

Aus Sicht der Verwaltung, so Brigitte Keller abschließend, wurde der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 10.11.2022 abgearbeitet und sei damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.

Der Landrat erteilt den Antragstellern das Wort.

Auf die Nachfrage von KR Reinhard Oellerer erklärt Brigitte Keller, dass sich die Höhe des Kassenkredits am rechtsaufsichtlich zu genehmigenden Volumen des Haushaltes orientiere. Der Haushalt 2023 mit dem festgesetzten Höchstbetrag von 38 Mio. € wurde von der Regierung von Oberbayern genehmigt.

Für den Landkreis sei die vollständige Rückzahlung des Kassenkredits bis 2025 eine große Herausforderung, so KR Benedikt Mayer, von daher sei die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht so ganz glücklich mit dem vorgestellten Tilgungsverfahren und weniger optimistisch, als die Verwaltung. Nach Ansicht seiner Fraktion werde die Aufnahme eines neuen Kassenkredits und die Debatte darüber im Jahr 2025 unvermeidbar sein, um die Differenz zwischen Darlehensbetrag und Rücklage auszugleichen.

Es folgt keine weitere Wortmeldung und der Landrat stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Abstimmung über den Vorschlag der Verwaltung:

Der Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen vom 10.11.2022 ist geschäftsordnungsmäßig erledigt.



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 15 Bekanntgabe von Spenden an den Landkreis Ebersberg; 2. Abschnitt 2023

2023/0897

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 08.05.2023, Top 14 Ö

Sachvortragende(r):

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin 1, Zentrales und Bildung

Die Finanzmanagerin Brigitte Keller gibt die Spenderinnen und Spender bekannt, die mit einer Veröffentlichung einverstanden waren.

Spenden Schulen

Mit Bescheinigung

Name/Firma	Geldeingang	Betrag/in €	Förderungszweck	Schule	KST
Zahnarztpraxis Dr. Schön, Marktplatz 4b, 85567 Grafing	12.06.2023	200,00	Spende für Jahresbericht 2023	Gymnasium Grafing	840
Schulverein Gymnasium Grafing	07.02.2023	2.892,17	Spende für iPads	Gymnasium Grafing	840
Summe		3.092,17			

Spenden

Mit Bescheinigung

Name/Firma	Geldeingang	Betrag/in €	Förderungszweck		KST
Summe		0,00			

Ohne Bescheinigung

Name/Firma	Geldeingang	Betrag/in €	Förderungszweck		KST
Adventskalender	14.03.2023	4.000,00			250
Summe		4.000,00			

Stand Infoma 19.06.2023

Summe 7.092,17

Darüber hinaus gibt es Spenderinnen und Spender, die anonym bleiben wollen, diese werden in der nichtöffentlichen Sitzung verlesen.

Die Genehmigung aller Spenden erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung.

TOP 16 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

keine

TOP 17 Informationen und Bekanntgaben

Margrita Schwanke-Berner, Sachgebietsleiterin des Personalservice, informiert über das am 02.März 2023 vom Bayerischen Landtag beschlossene Gesetz zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile. Hierin werden die familienbezogenen Besoldungsbestandteile den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechend angepasst und systematisch neu ausgerichtet. Bisherige Orts- und Familienzuschläge wurden durch eine Ortskomponente und eine neue Stufe L für ledige Beamte erweitert. Die bisher gewährte Ballungsraumzulage (Grundbetrag, Kinderzuschlag) wird aufgehoben und unter Angleichung der Gebietskulisse in die neue Ortskomponente integriert.

Beim Dienstherrn Landkreis Ebersberg sind zum Stand 01.07.2023 27 Kreisbeamte tätig. Hier profitieren von der Gesetzesänderung hauptsächlich Beamte mit Kindern, die in den Gemeinden mit Ortsklasse VII (Grafing, Vaterstetten und Markt Schwaben) wohnen.

Das Gesetz trat ab 01.04.2023 in Kraft, enthält aber für die Zeit zwischen Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (04.05.2020) bis zum Inkrafttreten des Gesetzes Nachzahlungsregelungen. Besoldungsansprüche wegen Verletzung der Alimentationspflichten durch den Dienstherrn müssen von Beamtinnen und Beamten grundsätzlich zeitnah gerichtlich oder durch Widerspruch geltend gemacht werden.

Zugunsten unserer Beamtinnen und Beamten bzw. Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen verfährt der Landkreis Ebersberg bei der Umsetzung des Gesetzes zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile wie der Freistaat Bayern, die Landeshauptstadt und der Landkreis München, die Landkreise Erding, Freising und Dachau und verzichtet für die Jahre 2020, 2021 sowie 2022 auf das Erfordernis der zeitnahen Geltendmachung. Mit dem Inkrafttreten der gesetzlichen Neuerungen erfolgen somit eventuelle Nachzahlungen an die Beamtinnen und Beamten des Landkreises rückwirkend bis 2020 von Amts wegen.

Auswirkung auf den Haushalt:

Beim Landkreis Ebersberg sind 19 von 27 Beamten/-innen von einer Nachzahlung betroffen. Der Nachzahlungsbetrag für die Jahre 2020 bis 2022 beträgt insgesamt knapp 30.600 €. Für die Monate Januar bis März 2023 werden knapp 4.300 € nachgezahlt.

TOP 18	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter des Büro Landrats verliest folgende in nichtöffentlicher Sitzung angenommene Beschlüsse.

Aus dem Protokoll zur Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses vom 08.05.2023:

TOP 21 N Bestellung zur Leiterin / zum Leiter des Revisionsamtes

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Das Gremium verzichtet auf die persönliche Vorstellung beider Kandidaten.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Verwaltungsamtsrat Anton Blank wird mit Wirkung ab 14.09.2023 zum Leiter des Revisionsamtes (= Rechnungsprüfungsamt gem. Art. 90 LkrO) bestellt.

TOP 19	Anfragen
--------	----------

Bezugnehmend auf das **Kinderbetreuungsgesetz** fragt **KR Alexander Müller** an, weshalb sich nicht mehrere Kinder einen Betreuungsplatz teilen können. Einige in Teilzeit arbeitende Mütter hätten sich bezüglich ihrer Arbeitszeiten und Wochentage abgesprochen und dem Träger ihren Vorschlag unterbreitet. Aufgrund des höheren Verwaltungsaufwandes wurde seitens des Trägers (BRK) aber eine Teilung des Betreuungsplatzes abgelehnt. KR Alexan-

der Müller bittet nun den Landrat auf den Träger zuzugehen und hierfür eine Lösung zu finden.

Der Landrat weist auf die weitgehende Autonomie der Träger in der Gestaltung ihrer Arbeit hin. Er werde sich aber dem Anliegen der Eltern annehmen und die Möglichkeit eines Platzsharing-Verfahrens an den Träger herantragen.

KR Manfred Schmidt bittet um eine schriftliche Beantwortung (Anlage 13 zum Protokoll) seiner Fragen:

1. Existieren eine schriftliche Anwaltsempfehlung zu der erfolglosen Klage in Sachen „PPP Kirchseeon“ oder wenigstens ein Aktenvermerk der Verwaltung sowie zur Angeblichen „weiteren Empfehlung der Kanzleien“ zur Aussetzung der Ratenzahlungen?
2. Wann und wie werden diese Schriftstücke sowie das „umfassende Rechtsgutachten“ (s. Seite 11 des KSA-Sitzungsprotokolls vom 08.05.2023) den Kreisräten zugänglich gemacht?
3. Welche rechtlichen Auswirkungen ergeben sich daraus, dass der Landrat ohne Gremienbeschluss sozusagen als vollmachtloser Vertreter für den Landkreis gehandelt hat?
4. Warum wurde der überörtliche Prüfungsbericht des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes (BKPV) immer noch nicht in öffentlicher Sitzung beraten, obwohl er vor mehr als zwei Jahren, nämlich am 01.06.2021 erstellt wurde und obwohl inzwischen auch die Regierung von Oberbayern als Aufsichtsbehörde unter Würdigung der Verwaltungsauffassung Stellung genommen hat?
5. Wann wird der Kreis- und Strategieausschuss über das laut KSA-Protokoll vom 08.05.2023 – Seite 16 oben für Mai/Juni 2023 terminierte Gespräch mit dem KJR in Sachen Mittelverwendung und Rechnungsprüfung informiert?

Bezugnehmend auf einen Zeitungsartikel fragt **KR Benedikt Mayer** an, wann sich die Einstellung auf politischer Ebene gegenüber **Briefkastenfirmen** änderte, nachdem jahrzehntelang Firmensitze dieser Art nicht nur im Ebersberg Forst, sondern auch in den Gemeinden Pullach und Grünwald toleriert wurden.

Die Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin für Zentrales und Bildung Brigitte Keller antwortet, dass die Firmen im Ebersberger Forst immer wieder in den Gremien thematisiert wurden, wobei es immer nur um die Hebesätze ging. Was nie Thema war, so Brigitte Keller, dass eine stattfindende Firmentätigkeit an diesem Ort bestritten wurde.

Der Landrat fügt ergänzend hinzu, dass ab seinem Amtsantritt nur noch kleine Beträge eingenommen wurden. Die Bayerischen Staatsforsten haben den Firmen gekündigt. Daraufhin wurde im Kreis- und Strategieausschuss beraten und der Abschluss eines Untermietvertrages zwischen dem Landkreis und den Bayerischen Staatsforsten beschlossen.

Der Landrat stellt keine weiteren Anfragen fest und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:46 Uhr.

Anschließend folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.